

## Katholische Gemeinde Riesa sammelt Spenden für abgeschobene Familie

Die Eltern waren Ende Februar gemeinsam mit ihren drei Kindern nach Venezuela zurückgeführt worden. Die Kirche wird sie unterstützen.



Das Bild zeigt eine Sammelabschiebung in Baden-Württemberg. Zuletzt wurden aus Sachsen vermehrt venezolanische Geflüchtete in ihre Heimat abgeschoben. © Daniel Maurer/dpa

Von Stefan Lehmann

3 Min. Lesedauer

**Riesa.** Reichlich [eine Woche nach der Abschiebung der venezolanischen Familie Fuenmayor Bozo aus Riesa nach Caracas](#) hat die katholische Kirchengemeinde St. Barbara eine Spendenaktion gestartet, um zu helfen.

Entsprechende Informationen mit dem Titel „Eine Hilfe für Familie Fuenmayor“ liegen derzeit etwa in der Kirche St. Barbara aus. In dem Flugblatt mit Informationen zum Spendenkonto heißt es: „Das Erste sollte für uns sein: sie im Herzen bewahren und immer wieder in unser Gebet mit einschließen“.

- Wer für die Familie spenden möchte, kann das unter dem Stichwort „Spende für venezolanische Familie“ an das auf Klaus-Michael Tschöpe laufende Konto tun: DE16 7509 0300 0008 2840 24

Familie Fuenmayor war in der Nacht zum 22. Februar abgeholt und zum Flughafen gebracht worden. Wie das sächsische Innenministerium der Katholischen Wochenzeitung mitteilte, hatten keine Asylgründe vorgelegen. Der Antrag sei deshalb schon im Jahr 2022 abgelehnt worden. Die Wochenzeitung zitierte eine Sprecherin mit den Worten: „Es wurden keine Verfolgungsgründe geltend gemacht, sondern wirtschaftliche Gründe.“

In der vergangenen Woche hatte auch der Riesaer Pfarrer Klaus-Michael Tschöpe erklärt, die Gefahr einer Abschiebung habe es offenbar schon länger gegeben. Er selbst habe aber erst mit dem nächsten Anruf des Familienvaters überhaupt davon erfahren. Weil die Familie ihr Haus verkauft hatte, um sich die Flugtickets nach Deutschland leisten zu können, stand sie in Venezuela vor dem Nichts, wie Pfarrer Klaus-Michael Tschöpe bereits erklärt hatte. Die Wochenzeitung zitiert aus einer Nachricht der Familie an den Pfarrer. Die Mutter schreibt darin: „Unsere Situation hier ist kritisch. Wir befinden uns alle wie im Schock.“

Für Kritik hatte unter anderem der Zeitpunkt der Abschiebung mitten in der Nacht gesorgt. Die Polizeidirektion Dresden erklärte, nächtliche Abschiebungen könnten beispielsweise nötig sein, wenn das der Abflugtermin erforderlich sei. Nach Angaben eines Polizeisprechers verlief der Einsatz in Riesa ruhig, „mit einer Besonderheit“. Demnach habe die Mutter über medizinische Beschwerden geklagt, daher sei der Rettungsdienst angefordert worden. „Nach der ärztlichen Behandlung übergeben die Beamten die Familie an die Bundespolizei.“ Wie die Katholische Wochenzeitung schreibt, hätte die Mutter einem Arzttest in Riesa „eine dringende ärztliche Behandlung fortsetzen müssen“. Ähnliches hatte sich im Vorfeld bereits der Landtagsabgeordnete Frank Richter (SPD) geäußert.

Aus formaljuristischer Sicht sei die Rückführung nicht zu beanstanden, so Richter. „Ob sie vernünftig ist, steht auf einem anderen Blatt.“ Viele Venezolaner sind gut qualifiziert, außerdem sei diese Gruppe in Deutschland leichter zu integrieren als andere Asylbewerber. Hier arbeiteten das Innenministerium von Armin Schuster (CDU) und das SPD-geführte Integrationsministerium neben ihr. Richter sprach gegenüber Sächsische.de von einem dysfunktionalen System.

Viele der in Sachsen lebenden Venezolaner rechneten seiner Beobachtung nach bisher nicht mit der Gefahr einer Abschiebung. Dementsprechend hätten sie häufig keine oder keine guten Anwälte, um dagegen vorzugehen. Laut Amnesty International waren bis August 2023 mehr als sieben Millionen Menschen aus Venezuela geflohen, etwa ein Viertel der Bevölkerung. [Die Menschenrechtsorganisation spricht von einem „komplexen humanitären Notstand“](#) . Mehr als ein Drittel der Menschen im Land sind von Ernährungsunsicherheit betroffen, viele fehle der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Strom. Das Gesundheitssystem sei zusammengebrochen und Kritik an der Regierung werde mit massiver Gewalt unterdrückt. Menschenrechtler fordern deshalb zuletzt einen Abschiebestopp nach Venezuela.